
Sandra Franz

„Watcher on the Rhine“ und „The German miracle“

Der Anteil der britischen Besatzungsmacht an der Demokratiebildung im Nachkriegsdeutschland

„Strange people in a strange enemy country“:¹ So wurden die Deutschen 1944 in einer Broschüre des britischen Außenministeriums charakterisiert, die während des Zweiten Weltkriegs an etwa 400.000 Soldaten verteilt worden war, bevor diese zum Kampfeinsatz nach Deutschland geschickt wurden. Die Charakterisierung war der britischen Regierung so wichtig, dass sie sogar im Schriftbild hervorgehoben wurde. Mit diesen „strange people“ musste nach Kriegsende nun die Zukunft Europas gestaltet werden – eine Herausforderung sowohl für die Britische Armee als auch für alle Alliierten mit ihren jeweiligen nationalen Kriegserlebnissen der vergangenen zwei Weltkriege.

„The natural enemies of the Master Race are Non-Aryans (Jews), Bolsheviks and Plutocrats. By ‚Plutocrats‘ the Nazis generally mean ourselves and the Americans. Since it is obviously impossible for a Master race to have been beaten in battle, the Nazis teach that the German armies were not defeated in 1918; Germany would have won, they say, if the Jews, Bolsheviks and other ‚traitors‘ inside the country had not ‚stabbed her in the back‘.“²

Diese Zeilen unterstreichen, wie sehr die Briten etwa unter den deutschen Luftangriffen gelitten haben, wenn sie sich in einem Atemzug mit den Opfern des in-

1 Great Britain. Political Warfare Executive, Instructions for British servicemen in Germany, 1944, Oxford 2007, S. 8.

2 Ebd., S. 20.

dustriell durchgeführten Massenmordes nennen. Diese Gleichstellung lässt sich wohl nur mit dem unmittelbaren Eindruck der verheerenden Zerstörung britischer Städte in den letzten Kriegsjahren erklären. Auffallend sind zudem die an dieser Stelle auftauchenden Leerstellen: Menschen, die auch heute noch als vergessene Opfer des NS-Regimes gelten – Sinti und Roma, Homosexuelle, Opfer der T4-Aktion, „Asoziale“, Zeugen Jehovas, werden nicht genannt. Während das Ausmaß der Shoa der britischen Regierung 1943 bereits zumindest in Grundzügen bekannt war, mag die Verfolgung anderer Gruppen, wie beispielsweise der Zeugen Jehovas oder der wenig klar definierten Gruppe der „Asozialen“, auch den Alliierten zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst gewesen sein. Die Verfolgung nach §175 oder das Euthanasie-Programm stieß vielleicht sogar bei einigen Politikern und Offizieren auf Verständnis, da auch in Großbritannien zum damaligen Zeitpunkt Homosexualität unter Strafe stand und die Idee der Eugenik dort seit dem späten 19. Jahrhundert gesellschaftlich offen diskutiert wurde.³ Festzuhalten ist aus heutiger Sicht jedenfalls die Überschneidung zwischen der damaligen und heutigen öffentlichen Wahrnehmung hinsichtlich derjenigen, die unter den Nationalsozialisten gelitten hatten. Es kann argumentiert werden, dass die oben genannten Gruppen aus Gründen der Vereinfachung nicht genannt wurden, da die Handreichung für Soldaten mit größtenteils bildungsfernem Hintergrund gedacht war. Doch ist aus Sicht der Erinnerungskultur unübersehbar, dass hier bereits ein Muster gestartet wird, welches bis heute die gesellschaftliche Wahrnehmung dominiert.

Zudem wird mit der Bezeichnung „natural enemies“ auf die NS-Rassenlehre Bezug genommen, ohne sie in Frage zu stellen: „Since it is obviously impossible for a Master race to have been beaten in battle“ soll das Argumentationsmuster der NS-Propaganda verdeutlichen und klingt aus heutiger Sicht beinahe wie eine ironische Formulierung, die aber vermutlich für die meisten einfachen Soldaten, die den Text 1944/45 lasen, weniger eindeutig einzuordnen war. Auch die im Zitat angedeuteten Kontinuitätslinien von 1918 bis 1933/1945 und die klar erkannte Verbindung zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, die innerhalb ihrer Propaganda durch die Nationalsozialisten hergestellt wurde, zeugen von einem analytischen Blick auf die Zeit. Doch diese Analyseansätze werden nicht tiefergehend erläutert, sodass sie wohl für die meisten Soldaten, an die sich die Zeilen richteten, nicht nachzuvollziehen waren.

3 Vgl. Bernhard Dietz, „Sterilisation of the Unfit“. Eugenikbewegung und radikale Rechte im Großbritannien der „Lost Generation“, in: Regina Wecker (Hg.), *Wie nationalsozialistisch ist die Eugenik? Internationale Debatten zur Geschichte der Eugenik im 20. Jahrhundert*, Wien 2009, S. 187–190.

Die Forschung zu dem Thema konzentrierte sich lange Zeit vor allem auf die Militärgeschichte, auf politische Strategien und die konkreten Rekonstruktionspläne für das zerstörte Deutschland. Dies sind zweifelsfrei entscheidende Faktoren im Hinblick auf die Analyse der britischen Besatzungszeit und diese Aspekte wurden bereits in detaillierten und herausragenden Arbeiten dargestellt und analysiert, zuletzt u. a. von Christopher Knowles 2017.⁴ Doch vernachlässigen diese Blickwinkel die Perspektive der Personen, die tatsächlich vor Ort waren: britische Soldaten, die tagtäglich in Kontakt standen mit deutschen Zivilisten, und britische Militärjournalisten, die nach Deutschland kamen, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Die neuere Forschung wendet sich zwar verstärkt auch den zwischenmenschlichen Erfahrungen sowie den sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu,⁵ doch bleibt der Blickwinkel der Akteure vor Ort bisher nach wie vor als Fokus der Untersuchung unberücksichtigt. Gleiches gilt auch für die Feindbilder und verallgemeinernden Darstellungen, die durch die britische Regierung an die Soldaten weitergegeben wurden. Im Folgenden soll daher ein historischer Einblick über die Entscheidungsverläufe und die Schwerpunkte in der Demokratiebildung in der britischen Besatzungszone gegeben werden. Dabei rücken eben auch die jeweiligen pauschalisierenden Darstellungen in den Mittelpunkt sowie die Frage, ob und wie von der britischen Regierung kommunizierte Sichtweisen und Stereotype durch Soldaten und Berichterstatter rezipiert, reflektiert oder hinterfragt wurden. Im Rahmen dieses Beitrags wird auf eine allgemeine Einführung in die Stereotypenforschung⁶ verzichtet und der Sachverhalt an einigen exemplarischen Quellen erläutert.

Die anschaulichste Quelle für die durch die britische Regierung vermittelte Sichtweise bilden die bereits erwähnten „Instructions for British Servicemen in Germany 1944“. Auf der Seite der Soldaten und Kriegsberichterstatter liefern das 1946 herausgegebene „German Diary“ von Baron Archibald Fenner Brockway, einem britischen Journalisten, Publizisten und Politiker der Labour Party, das Tagebuch „In Germany now“ von William Peters, der als Übersetzer für die britische Armee arbeitete und dessen Mutter während der deutschen Besatzung in

4 Christopher Knowles, *Winning the Peace, The British in Occupied Germany, 1945–1948*, London 2017.

5 Z.B. Camilo Erlichman, *Strategies of rule: cooperation and conflict in the British Zone of Germany, 1945–1949*, Edinburgh 2015; Peter E. Fäßler/Andreas Neuwöhner/Florian Staffel (Hg.), *Briten in Westfalen 1945–2017: Besatzer, Verbündete, Freunde?*, Paderborn 2019.

6 Siehe u. a. Hans Henning Hahn (Hg.), *Nationale Wahrnehmungen und ihre Stereotypisierung. Beiträge zur historischen Stereotypenforschung*, Frankfurt a. M. 2007; Wolfgang Benz, *Feindbild und Vorurteil*, München 1996.

Frankreich „of despair“⁷ verstarb, und der retrospektiv erst 1957 herausgegebene Bericht „Watcher on the Rhine“ sowie „A report on the new Germany“ des Journalisten Brian Connell wichtige Anhaltspunkte. Connell arbeitete für die Nachrichtenagentur Reuters und war während des Zweiten Weltkriegs für den Marinennachrichtendienst tätig. Von 1945 bis 1950 arbeitete er aufgrund seiner guten Deutschkenntnisse als Berichtersteller für die „Daily Mail“ aus der britischen Besatzungszone.⁸

1. Entnazifizierung

Als strikt und gerecht wurde die Aufgabe der britischen Armee auf besetztem deutschem Boden vorab 1943 bei der Erstellung der „Instructions for British Servicemen in Germany“ definiert. Es gehe nicht um Rache, sondern darum, die Welt endgültig vor Deutschland zu schützen. Unausgesprochen schwingt hier die Warnung mit, dass Deutschland bereits zum zweiten Mal dafür verantwortlich war, dass Europa und letztendlich die gesamte Welt grausamsten Leiden ausgesetzt war. Die damit transportierte Vorstellung scheint der deutschen Bevölkerung eine gewisse Kollektivschuld zuzuschreiben, sodass jede Form des Mitgefühls unangebracht sei.⁹ Das hohe Ziel, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe, wurde jedoch schon bald in den einzelnen Besatzungszonen zunehmend durch alltägliche Herausforderungen und notwendige pragmatische Lösungsansätze überlagert.¹⁰

Etwa 8,5 Millionen Deutsche waren Mitglieder der NSDAP gewesen. Sie mussten, so hatten es die Alliierten noch während des Krieges beschlossen und in

7 William Peters, *In Germany now: a diary of impressions in Germany, August–December 1945*, London 1946, dedication. Er erwähnt den Tod seiner Mutter in der Widmung des Buches, was auf eine persönliche Betroffenheit und Befangenheit hinweist.

8 Vgl. Philip Purser, Brian Connell. Pillar of the old school of broadcasting, *The Guardian* 23.8.1999, online abgerufen unter <<https://www.theguardian.com/news/1999/aug/23/guardianobituaries2>> (9.9.2020).

9 Great Britain. Political Warfare Executive, *Instructions* (wie Anm. 1), S. 5.

10 Vgl. u. a. Michael Dobbs, *Six months in 1945. From world war to cold war*, New York 2012; Siegfried Großekathöfer, *Besatzungsherrschaft und Wiederaufbau. Staatliche Strukturen in der britischen Zone 1945–1949*, Göttingen 2016; Ulrike Jordan (Hg.), *Conditions of surrender. Britons and Germans witness the end of the war*, London 1997; Volker Koop, *Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2007; Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eignen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020; Jessica Reinisch, *The perils of peace. The public health crisis in occupied Germany*, Oxford 2013.

Potsdam 1945 bekräftigt, entnazifiziert und demokratisiert werden. Die Demokratisierung Deutschlands war die größte Herausforderung für die Besatzungsmächte, auch für die Briten. Doch neben dem Ziel, Deutschland zu entwaffnen, zu entnazifizieren und zu demokratisieren, um zukünftige Aggressionen zu unterbinden, sahen es Field Marshal Bernard Law Montgomery und seine Kollegen ebenso als ihre Aufgabe an, Deutschland soweit zu stabilisieren, dass es perspektivisch ein verlässlicher Partner in einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion sein würde.¹¹ Die britischen Vorstellungen standen damit vor allem im Konflikt mit denen der französischen Regierung. Obwohl Frankreich sich mit den Ergebnissen der Potsdamer Konferenz, an der die Regierung selbst nicht teilgenommen hatte, einverstanden erklärt hatte, blockierten die Franzosen im Herbst 1945 mit ihrem Veto den Versuch, eine deutsche Zentralverwaltung aufzubauen. Die Ziele der Alliierten Besatzungsmächte schienen immer stärker auseinanderzudriften.¹²

Ein wichtiger Schritt bei der Demokratisierung sei, so das Foreign Office, gerade angesichts der im März 1946 verstärkt wahrgenommenen Annäherung zwischen SPD und KPD mit dem gemeinsamen Ziel der Vereinigung Deutschlands, die Verhinderung der „Ausbreitung des Kommunismus und des russischen Einflusses auf unsere Zone“ und die übrigen Westzonen.¹³ Der britische Labour Minister John Burns Hynd schlug daher einen von Potsdam unabhängigen Kurs innerhalb der britischen Zone vor: Dieser beinhaltete die Verstaatlichung der wichtigsten Industriebereiche wie Stahl und Kohle innerhalb der Besatzungszone und eine Verwaltung, die auf der Zonenregierung beruhte, mit dem Ziel, eine deutsche Zentralregierung langfristig zu verhindern. Damit befürwortete der britische Premierminister Clement Attlee (Labour Partei) ein eigenständiges, von den anderen Zonen unabhängiges Vorgehen, welches seine Regierung bereits im eigenen Land umgesetzt hatte: Im April 1946 waren große Teile der britischen Stahl- und Eisenindustrie in Großbritannien verstaatlicht worden.¹⁴ Ein entsprechendes Vorgehen auf deutschem Gebiet hätte im klaren Gegensatz zum Potsdamer Abkommen gestanden. In Potsdam war von einer gemeinsamen Wirtschaftseinheit in allen Zonen gesprochen worden und waren Zentralverwaltungen, die zur Keimzelle einer künftigen gesamtdeutschen Regierung werden

11 Knowles, *Winning* (wie Anm. 4), S. 17.

12 Vgl. Rolf Steininger, *Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens 1945/46*, Düsseldorf 1988, S. 65- 68 und S. 102-105.

13 Aufzeichnungen des Foreign Office vom 22.3.1946. FO 371/55364/C 3905/2/18, zit. nach Rudolf Steininger, *Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen: britische, französische und amerikanische Akten*, Düsseldorf 1988, S. 191.

14 Ebd.

sollten, angestrebt worden.¹⁵ Die Potsdamer Konferenz zeichnet sich gerade dadurch aus, dass es nicht mehr um die Teilung Deutschlands ging, sondern um die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Voraussetzung für ein ökonomisches Überleben und eine allmähliche Rückführung der Deutschen in die Gemeinschaft der Nationen. Letztendlich entschied das Foreign Office sich jedoch gegen eine Abwendung von Potsdam, aber durch die Bildung stärkerer Länder für eine größtmögliche Schwächung einer potenziellen Zentralregierung, die, wie befürchtet wurde, unter kommunistischem Einfluss stehen würde. „Germany is now the battleground on which the issue of Democratic Socialism or Totalitarian Communism for the whole of Europe may be decided.“¹⁶

Am 7. Mai 1946 stellte Premierminister Clement Attlee in einer Kabinettsitzung die alles entscheidende Frage: Was sei das langfristige Ziel? Ein vereintes, föderalistisch strukturiertes Deutschland oder ein westdeutscher Staat als „Bollwerk“ gegen den kommunistischen Einfluss aus dem Osten?¹⁷ Das Bedrohungsszenario eines militärischen Konflikts zwischen den Siegermächten bewegte ganz klar auch die Soldaten und die Zivilbevölkerung. Peters schrieb 1946 in seinem Tagebuch:

„Many people think that there will soon be a war between the Soviet Union and the Western Democracies. They express this belief in conversations with British soldiers and seem to think that such a war would produce an alliance between Britain and Germany. The Nazis hope for such a war as an opportunity of gaining power. Everything is done by them to stir up trouble between the different occupation armies. British soldiers are told about the bad behavior of the Russians; the Russians are told about the bad behavior of the Americans, and so on. [...] Unfortunately many people listen to this insidious propaganda. Whatever could happen in such a war, one thing seems certain, and that is that it would be fought on German soil, in which case not many of the Nazi rumour mongers would survive.“¹⁸

Am 17. Juli 1946 gab der britische Militärgouverneur Douglas auf einer Pressekonferenz in Berlin bekannt, dass in der britischen Zone ein neues Land entste-

15 Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2.8.1945, online unter <<http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>> (9.9.2020).

16 Fenner Brockway, *German Diary*, London 1946, S. ix.

17 Vgl. National Archive, Top Secret C.M. (46) 43rd Conclusion, 7.5.1946, Minute 1, Confidential Annex. CAB 128/8, Dok Nr. 148a.

18 Peters, *Germany*, (wie Anm. 7), S. 67.

hen sollte: Nordrhein-Westfalen. Am 24. Juli 1946 beauftragte die britische Militärregierung den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Rudolf Amelunxen, mit der Bildung einer Landesregierung für das nun gebildete Nordrhein-Westfalen.¹⁹ Ein Land, gegründet als Versicherung gegen ein zentral regiertes und wiedererstarkendes Deutschland.

Bei der Entnazifizierung taten sich die Amerikaner durch ihren moralischen und zugleich bürokratischen Rigorismus hervor, in der britischen Zone hingegen wurde die Säuberung weniger streng gehandhabt, in der französischen Zone gab es regionale Unterschiede und diverse Kurswechsel der Besatzungsmacht. Briten und Franzosen betrachteten die Entnazifizierung mehr als pragmatische Angelegenheit, bei der das Schwergewicht darauf lag, die Eliten auszuwechseln. In beiden Zonen neigte die Militärregierung bei der anzuwendenden Methode mehr politischen und administrativen als justizförmigen Prozeduren zu, passte sich letztlich aber den amerikanischen Vorstellungen an, die auch in der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom Oktober 1946 dominierten.²⁰

Die Versorgung der britisch besetzten Zone mit Nahrung, Unterkunft und einer gesundheitlichen Grundversorgung wurde durch den britischen Oberbefehlshaber Bernard Law Montgomery im Juni 1945 als wichtigstes Feld der britischen Besatzungspolitik definiert. Die damit beschlossene Sicherstellung der menschlichen Grundbedürfnisse war bis zu einem gewissen Grad selbsterklärend. Daneben standen mit den Leitbegriffen „Entnazifizierung“ und „Demokratisierung“ Termini auf der Agenda der britischen Besatzer, die Raum für Interpretationen ließen. Demokratisierung war ein schillernder Begriff, der sehr unterschiedlich ausgelegt werden konnte, und vorab gab es von britischer Seite wenig konkrete Ideen, wie die Umsetzung aussehen konnte. Aus heutiger Perspektive erscheinen jedoch recht allgemeingültige Sichtweisen auf die deutsche Bevölkerung als Ausgangsbasis der Überlegungen genommen worden zu sein.

„Of course there are Germans who have been against the Nazis all along, though few of those who tried to do anything about it have survived to tell the

19 Chronik Landtag Nordrhein-Westfalen. Landtag intern 17 (1986), Ausgabe S1 vom 1.10.1986, S. 3.

20 Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom Oktober 1946 in Loseblattsammlung: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen: Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, im englischen Originalwortlaut mit deutscher Übersetzung zusammengestellt von R. Hemken, Stuttgart 1946.

tale. Even those Germans who have been more or less anti-Nazi will have their axe to grind.“²¹

Aus diesem Zitat aus den „Instructions for British Servicemen“ spricht eine ausgesprochen geringe Kenntnis der Strukturen des Widerstandes in Deutschland, was insofern überrascht, da der Forschung heute bekannt ist, dass zwischen etlichen Gruppen des Widerstandes in Deutschland und der britischen Regierung Kontakte bestanden. Entweder war dies dem Verfasser der Instruktionen nicht bekannt oder es sollte nicht an die einfachen Soldaten weiterkommuniziert werden. Dieses undifferenzierte Statement, das den Soldaten hier als vermeintliche Tatsache mit auf den Weg gegeben wurde, ist auch insofern erwähnenswert, als es den Mythos der „Wehrlosigkeit“ nährte und damit einen Ansatz für Entlastung bot. Niemand habe sich wehren können, ohne erschossen zu werden. Besonders auffällig ist hier und in allen anderen auf den Einsatz in Deutschland vorbereitenden Informationsblättern die fehlende Erwähnung der Bedeutung des kommunistischen Widerstandes, was vermutlich dadurch zu erklären ist, dass dies im Zuge der absehbaren Spaltung der Alliierten in „West“ und „Ost“ politisch bereits unerwünscht war. Eine ähnliche Problematik findet sich in weiteren Zitaten:

„The old Prussian army – and the Nazi army too – set out intentionally to break the spirit of recruits. They were made to do stupid and humiliating things in order to destroy their self respect and turn them into unquestioning fighting machines. This method produced a formidable military force, but it did not produce good human beings. It made Germans cringe before authority. This is one reason why they accepted Hitler. He ordered them about, and most liked it. It saved them the trouble of thinking. All they had to do was obey and leave the thinking to him.“²²

Diese undifferenzierte Erklärung stärkt ein Argument, welches sich später zu einem weiteren populären Entlastungsmuster herausbildete: Aufgrund von mutwillig durch die soldatische Ausbildung gebrochenem Willen und antrainierter Unterwürfigkeit habe die Armee immer „nur Befehle befolgt“ – eine Entlastungsstrategie, die später von zahllosen NS-Täter*innen zur Verteidigung in Gerichtsverhandlungen angewendet wurde. Interessant ist zudem, dass Connell mit seinen weiteren Ausführungen auch das Bild vom „katholischen Bollwerk im

21 Great Britain. Political Warfare Executive, Instructions (wie Anm. 1), S. 7.

22 Ebd., S. 25–26.

Rheinland“ zeichnet. In „Watcher on the Rhine“ heißt es hierzu: „The Catholic Rhineland was never one of the Nazi strongholds, and there was little nostalgia among our local friends for the days of Hitler.“²³ Am Beispiel des „liberalen Rheinlandes“ ist hier deutlich zu erkennen, wie viele der heute längst widerlegten Entlastungsmythen für die NS-Zeit früh von den Briten mitgetragen wurden oder auf sie zurückzuführen sind. In Brian Connells Aussage wird ein Bild des Rheinlandes reproduziert, in dessen liberalem Weltbild die Diktatur des Nationalsozialismus keine Chance gehabt habe. Über Jahrzehnte pflegte die Stadt Köln beispielsweise den Mythos vom „Hort des Widerstands“. Zum Selbstverständnis der Stadt Köln der Nachkriegszeit gehörte die Vorstellung, während der NS-Herrschaft eine Sonderrolle gespielt zu haben und Verfolgung und Faschismus mit Widerstand begegnet zu sein. Köln sei die Stadt gewesen, in der Hitler so kühl empfangen worden sei, dass er nie wiederkam – ein über Jahrzehnte immer wieder bemühtes Beispiel. Doch der Historiker Horst Matzerath, von 1988 bis 2002 Direktor des Kölner NS-Dokumentationszentrums, hat diese Legende mit seinen Forschungen endgültig widerlegt. Bis zu seiner Studie wurde der Nationalsozialismus in Köln laut Matzerath oft dargestellt als eine von außen herangetragene Fremdherrschaft. Doch ließ sich bei seinen Recherchen für Köln kein geringeres oder anderes Maß an Unterstützung für den Nationalsozialismus als in anderen Städten feststellen.²⁴

2. Zum Aufbau demokratischer Strukturen

Letztlich wurde die „politische Säuberung“ in der Britischen Zone – wie zahlreiche Studien gezeigt haben²⁵ – dann auch eher halbherzig durchgeführt: Ranghohe Nationalsozialisten wurden aus den höheren und höchsten öffentlichen Ämtern entlassen und strafrechtlich belangt, ein Großteil der deutschen Bevölkerung wurde als sogenannte Mitläufer eingestuft und maximal zu geringen Strafen verurteilt, viele wurden auch gar nicht belangt. Bei der Besetzung von Verwaltungsstellen mit unbelasteten Deutschen hielt die britische Besatzungsverwaltung sich an „weiße Listen“, die bereits vor der Kapitulation angelegt worden waren und

23 Brian Connell, *Watcher on the Rhine: A Report on the New Germany*, London 1957, S. 104.

24 Vgl. Horst Matzerath, *Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945. Geschichte der Stadt Köln*, Bd. 12, Köln 2009, S. 535–536.

25 Vgl. zuletzt in Leßau, *Entnazifizierungsgeschichte* (wie Anm. 10); Knowles, *Winning* (wie Anm. 4).

demnach keine weiteren „Vorort-Überprüfungen“ erhielten. Bei der „Umerziehung“ der Deutschen folgten die Briten ähnlichen Grundsätzen wie die Amerikaner – hiernach sollten demokratische Spielregeln von Grund auf neu gelernt werden – und stießen damit auf retrospektiv vorhersehbare Widerstände in der Bevölkerung.²⁶

Der Begriff „Umerziehung“, mit dem der englische Ausdruck „re-education“ umschrieben wurde, war zudem unglücklich und löste auf deutscher Seite Abwehrreaktionen aus. Nicht nur, dass der materielle Wiederaufbau auf deutscher Seite viel dringlicher erschien als die Demokratisierung, die militärische und moralische Niederlage war vielen Deutschen schmerzlich genug, sie wollten nicht auch noch belehrt und erzogen werden – vermutlich vor allem nicht nach zwölf Jahren voller ideologischer Indoktrinierung durch die Nationalsozialisten.²⁷ „Although, in the end, justice was more or less done as far as the major offenders were concerned, the overall problem of denazification proved itself too vexed and complicated for practical solution“,²⁸ schloss dann auch Brian Connell in seiner rückblickenden Betrachtung. Eine simple, aber ernüchternde Feststellung.

Als erstes Instrument zur Demokratisierung wurde das Massenmedium Rundfunk identifiziert. Dies sollte der staatlichen Kontrolle entzogen und nach britischem Vorbild öffentlich-rechtlich organisiert werden. Schon am 4. Mai 1945 startete die britische Militärregierung in Hamburg den Rundfunkbetrieb. „Here is radio Hamburg, a station of the allied military government“,²⁹ war bereits vor dem offiziellen Kriegsende am Abend des 4. Mai 1945 über eine öffentliche Frequenz zu hören. Damit hatte die Militärregierung die Kontrolle über ein wichtiges Kommunikationsmittel übernommen. Der Nordwestdeutsche Rundfunk, kurz NWDR, wurde am 22. September 1945 als Nachfolger von Radio Hamburg in der Hansestadt gegründet. Unter der Leitung des Briten Hugh Carleton Greene sollten die Deutschen die Methodik der unabhängigen Berichterstattung erlernen. Das Programm stand zu Beginn vornehmlich, wie auch die anfänglichen Heeresgruppenblätter und Radio Hamburg, unter den Leitbildern „Demokrati-

26 Vgl. Knowles, *Winning* (wie Anm. 4), S. 76–77, 79–80.

27 Vgl. z. B. Brockway, *Diary* (wie Anm. 16), S. vii; Philipp Erdmann, „... not the master of the people, but its servant?“ Britische Demokratisierungskonzepte auf der Kommunalebene und ihre Rezeption im Münster der Nachkriegszeit, in: Fäßler/Neuwöhner/Staffel, *Briten* (wie Anm. 5), S. 100–101.

28 Connell, *Rhine* (wie Anm. 23), S. 33.

29 Herman Boel Collection, *The year 1945*, in: Radio Heritage Foundation, <<http://www.radioheritage.net/europe/years-1945.htm>> (29.6.2020).

sierung der Informationsvermittlung“ und „demokratische Erziehung der Bevölkerung“.³⁰

Auch im Printbereich lag das Informationsmonopol zunächst bei den Besatzern. Am 21. Februar 1946 erschien „Die Zeit“ als erste deutsche Zeitung mit britischer Lizenz. Ein Problem war jedoch die Schulung deutscher Journalisten. Die Besatzer forderten eine neutrale Berichterstattung, bei der Nachricht und Meinung klar getrennt waren, eine Arbeitsweise, die bis zu diesem Zeitpunkt den meisten deutschen Journalisten unbekannt war und vollkommen von dem abwich, wie sie in den vergangenen zwölf Jahren, aber auch in der Zeit zuvor gearbeitet hatten – auch in der Weimarer Republik war nicht trennscharf zwischen Information und persönlicher Meinung, vor allem im politischen Bereich, unterschieden worden. Anderthalb Jahre später schien die Demokratisierung zumindest aus britischer Sicht in die gewünschte Richtung zu laufen: Mit der Verordnung 108³¹ räumte die britische Militärregierung den deutschen Stellen ab Oktober 1947 entscheidenden Einfluss auf die Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften ein, zuvor war allein die Militärregierung hierfür zuständig gewesen. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Entscheidungen durch den speziell gegründeten Zonenpresserat und die Landesregierungen der vier zur britischen Besatzungszone gehörenden Länder getroffen. Großbritannien nahm damit eine Vorreiterrolle hinsichtlich des Vertrauens ein, das „den Deutschen“ hier zugesprochen wurde. Ein Gewinner der Auflagenfreigabe war übrigens kein Geringerer als Axel Springer. Die Militärregierung betrachtete „Die Welt“ auch nach 1947 maßgeblich als ihr Kommunikationsinstrument und räumte Springer hierfür zahlreiche Vorteile ein, unter anderem in der Papierzuteilung.³²

Während die Briten selbstbewusst und zielsicher den Rundfunk und die Printmedien in ihrer Zone neu organisierten, taten sie sich beim Aufbau der politischen Institutionen schwerer. Sie misstrauten den deutschen Politikern viel stärker als etwa die Amerikaner. Deutsche Institutionen standen in der britischen Zone unter der strengen Aufsicht der britischen Kontrollkommission – zum Teil hatten sie nur die Befugnisse von Beiräten. Die letztendlichen Entscheidungen

30 Alan Grace, *This is the British Forces Network: the story of Forces Broadcasting in Germany*, Stroud 1996, S. 25.

31 Verordnung Nr. 108 der britischen Militärregierung vom 15.10.1947, Bestand des Bundesarchives, online abgerufen unter: <https://open-data.bundesarchiv.de/ddb-bestand/DE-1958_Z_23.xml> (29.6.2020).

32 Volker Koop, *Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2007, S. 85–86; Knowles, *Winning* (wie Anm. 4), S. 158.

wurden durch den Kreis Resident Officer getroffen.³³ Was die Briten im Rundfunk förderten, das duldeten sie nicht bei Politikern und Verwaltungsfachleuten, die ihrer militärischen Oberaufsicht unterstanden: selbstbewusstes und eigenwilliges Auftreten. So entzündeten sich an der unbeirrbaren Haltung des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer immer wieder Konflikte: Er wehrte sich gegen zahlreiche Anordnungen der Militärregierung, beispielsweise gegen das Abholzen des Kölner Grüngürtels zur Beseitigung des Engpasses an Brennholz. Von britischer Seite wurde Adenauer zudem Misstrauen entgegengebracht, da dieser enge Beziehungen zum französischen Militär hatte. Die Überlegungen, bei einer staatlichen Neuordnung Deutschlands einen Rheinstaat unter der Obhut Frankreichs zu bilden, alarmierten die britische Seite. Adenauer verlor nach fünf Monaten erneut seine Position als Oberbürgermeister der Stadt Köln.³⁴ Dies zeugt sowohl von der ablehnenden Haltung der Militärregierung gegenüber einem selbstbewusst auftretenden deutschen Politiker als auch von dem Misstrauen gegenüber den westlichen Verbündeten auf französischer Seite.

Ein gewisses Maß an Misstrauen der Adenauer-Regierung gegenüber blieb wohl auch nach 1949 bestehen – der britische Journalist Brian Connell hielt in seinem 1957 veröffentlichten Buch über das erste Jahrzehnt nach 1945 fest: „However, a much more disturbing picture is presented in the civil service which has been rebuilt to administer the policies of the Adenauer Coalition.“³⁵ Hans Globke, der in der NS-Zeit Mitverfasser der Nürnberger Rassegesetze gewesen war, und Herbert Blankenhorn, der bis 1945 Referatsleiter im Auswärtigen Amt und seit 1935 Mitglied der NSDAP gewesen war,³⁶ wurden von Connell zu Recht als besorgniserregende Personen mit NS-Vergangenheit genannt. „An entirely unhealthy number of men who served under Ribbentrop have found their way back into the Bonn foreign ministry.“³⁷ Dass Personen mit stark belasteter NS-Vergangenheit schon bald wieder prominente Positionen in der Bundesrepublik einnehmen konnten, unterstreicht, wie unzureichend letztlich die zunächst in britischer und dann in deutscher Verantwortung durchgeführte Entnazifizierung erfolgt war. Dem Anspruch der Entnazifizierung, die Personen, die für die Ausgestaltung und Prägung des NS-Staates zuständig gewesen waren, zu identifi-

33 Vgl. David Phillips, *Educating the Germans: People and policy in the British Zone of Germany 1945–1949*, London 2018, S. 10.

34 Marie-Luise Recker, *Konrad Adenauer. Leben und Politik*, München 2010, S. 30.

35 Connell, *Rhine* (wie Anm. 23), S. 110.

36 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010, S. 336.

37 Ebd., S. 111.

zieren und sicherzustellen, dass sie in der Zukunft keine politischen Funktionen mehr ausüben könnten, sind die Verfahren im Falle von Globke und Blankenhorn keinesfalls gerecht geworden.

Der Einführung eines wie auch immer visionierten demokratischen Systems in Deutschland musste in jedem Fall eine Einführung in demokratische Verhaltensweisen für die Bevölkerung vorangestellt werden, zumindest darüber war sich die britische Seite einig. „The Germans have much to unlearn.“³⁸ In den „Instructions for British Servicemen in Germany“ kam das Problem bereits weit vor der Konferenz in Potsdam zur Sprache. Das notwendige demokratische Grundgerüst wurde der deutschen Gesamtbevölkerung hier grundlegend abgesprochen und die Jahre der Weimarer Republik fanden in dieser Sichtweise kaum Beachtung, fast, als habe es zuvor nie demokratische Strukturen auf deutschem Boden gegeben. Weiter zeigte sich dann, dass die britische Regierung auch ihre eigenen demokratischen Grundstrukturen erstaunlich wenig hervorhob. Stattdessen wurden etwa eine kapitalistische Grundeinstellung, die eher bei anti-kommunistischen Darstellungen zu erwarten wären, und eine Anbindung an die USA unterstrichen.³⁹

Die britische Regierung sah die Zukunft eines demokratischen Deutschlands in der Jugend – damit trat sie keinen vollkommen neuen Kurs an, auf die Jugend hatte beispielsweise auch das NS-Regime gesetzt. Für den Erfolg beim Neuaufbau jedes politischen Systems, ob demokratisch oder diktatorisch, ist die Einbindung der heranwachsenden Generationen entscheidend. Doch angesichts einer Generation, die von Anfang an dahingehend sozialisiert worden war, einander zu bespitzeln und anzuzeigen, war die Etablierung eines demokratischen Bewusstseins mit besonderen Herausforderungen verbunden.⁴⁰ Es war zentral, die Generation, die die demokratische Zukunft des Landes auf lange Sicht gestalten sollte, mental aus dem NS-Gedankenkonstrukt herauszulösen. Die Militärregierung fokussierte die eigene Tätigkeit hier vor allem auf die außerschulische Arbeit. Mit dem Verbot nationalsozialistischer Jugendorganisationen wurden dringend Alternativen notwendig. Der erste Fokus lag im Freizeitbereich und hier auf Sportorganisationen. Im Bereich der schulischen Bildung verfolgte die Militärregierung dagegen eine ähnliche Strategie wie beim Aufbau einer demokratischen Medienlandschaft: Schulreformen sollten von den Deutschen selbst

38 Great Britain. Political Warfare Executive, Instructions (wie Anm. 1), S. 3.

39 Vgl. ebd., S. 12–16.

40 Ebd., S. 29–30.

entwickelt und durchgeführt werden. Die Briten folgten diesem Grundsatz bis zum Ende des Besatzungsregimes.⁴¹

In den Einzelbetrachtungen wird die Sicht auf die deutsche Bevölkerung teilweise milder, schaut man exemplarisch auf die Aussagen in Brockways Berichten: „I want the hunger to be ended, I want the German people to have the opportunity to lift themselves from Nazism [...]“⁴² „[...] as a matter of human decency and freedom apart from any political considerations“⁴³ schrieb Kriegsgegner Fenner Brockway 1946 in seinem „German Diary“. Eine Aussage, die zweifelsfrei auch in seiner pazifistischen Grundhaltung verankert war. In Peters' Bericht hingegen wurde ein nachhaltiger Zweifel daran geäußert, dass die Bevölkerung in Deutschland aus den vergangenen Jahren gelernt habe:

„Do people still remember that day in the spring of 1935 when the German Army marched across this bridge to re-occupy the demilitarised Rhineland? Do they remember how they were wild with joy, cheering and singing all day long, waving flags, shouting ‚Heil Hitler‘ and being thankful to have an Army again? Do they remember how they said to each other ‚Now, we are proud again to be Germans‘? There was no compulsion to make merry. Hundreds of thousands turned out on that day in 1935 to celebrate the coming back to the goose-stepping Army. This was the beginning. How many of them have survived the destruction of their city brought about by Hitler's senseless war? Will this lesson teach them that war does not pay and will they resist actively the next time someone want to make them happy by preparing for another war?“⁴⁴

Entsprechend kritisierte er auch den Einbezug von deutschen Stellen bei der Entnazifizierung. Er betrachtet die Mitarbeit von Deutschen in diesen Verfahren zwiespalten:

„Another point where only Germans can really help is that of denazification. Most people we arrest, are denounced to us by German anti-Fascists. Information is, however, often forthcoming from very different sources. Anonymous letters informing us that a Herr Schmidt said he does not like the British or

41 Vgl. Edith Davies, British policy and the schools, in: Arthur Hearnden (Hg.), *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, Bristol 1978, S. 95–107, hier S.98.

42 Brockway, *Diary* (wie Anm. 16), S. viii.

43 Ebd., S. ix.

44 Peters, *Germany* (wie Anm. 7), S. 9.

similar denunciations are the remnants of the creeping attitude on which the Gestapo based themselves to track down anti-Fascists. Open denunciations by German political organizations of every trend towards a rebirth of National Socialism and of the reinstatement of Nazi officials, is the healthiest way of cleaning up.⁴⁵

Mit der Kritik am Verhalten der Deutschen verweist Peters' Beobachtung auf ein scheinbar zeitloses Phänomen: das Denunziantentum. Trotz völlig anderer Rahmenbedingungen ließen sich die Denunzierungsmechanismen aus der NS-Zeit bis zu einem gewissen Maße einfach auf die Besatzungszeit übertragen, teilweise sogar mit ähnlichen Gratifikationsergebnissen. Auch wenn es nun nicht mehr darum ging, seine Mitmenschen durch Denunziation der rassistischen Verfolgung der Nationalsozialisten auszusetzen, sondern darum, NS-Funktionäre und Personen zu melden, die Verbrechen an der Menschlichkeit begangen hatten, so lieferte doch auch dieses System gerade im Verwaltungschaos der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der viele Akten und Belege zerstört worden waren, die Möglichkeit, falsche Beschuldigungen auszusprechen und sich durch Anzeigen selbst einen Vorteil zu verschaffen. Peters berichtete zudem aber auch über Situationen, die sich den einfachen Schwarz-Weiß-Deutungsmechanismen entzogen: So schrieb er von einer jungen Frau, Jahrgang 1920 und damit maßgeblich in der NS-Zeit sozialisiert, deren Familie im „Dritten Reich“ unter in seinem Eintrag nicht näher spezifizierten Umständen verfolgt worden war. Ihre Haltung war für Peters exemplarisch für die deutsche Haltung der unmittelbaren Nachkriegszeit: eine negative und beklagende Grundhaltung, die die historischen Ursachen jeweils unberücksichtigt lässt und trotz der eigenen Unterdrückungserfahrung von NS-Propaganda geprägt sei.

„She has the typical attitude of the German today, who only sees things as they are at this particular moment, forgetting their historical setting. Things in Germany are bad: this is the fault of the Allies who control Germany. Food in Berlin is scarce: this is the fault of the Russians who should feed Berlin. [...] She even believes in some sort of racial theories, saying it was obvious that most Russians belong to a lower race as the form of their heads is different, mainly the back portion of the head, which is less bulging than that of Germans or Englishmen.“⁴⁶

45 Ebd., S. 56.

46 Peters, Germany (wie Anm. 7), S. 67.

Unabhängig davon, dass diese Beobachtung sicherlich aus einem vorgeprägten Blickwinkel von Peters notiert wurde, konkretisiert sich hier die Komplexität der Situation, mit der die Besatzungszone sich konfrontiert sah: Man hatte es zu tun mit Menschen, die nicht eindeutig in das Täter-Opfer-Schema passten, die trotz Verfolgungs- und Hafterfahrung Teile der Propaganda verinnerlicht hatten, da sie in einem System aufgewachsen waren, dass in ihren formativen Jahren die Entwicklung der Fähigkeit, Aussagen von Obrigkeiten zu hinterfragen, unterdrückt hatte.

3. Schlussbemerkungen

Die Demokratisierung Deutschlands nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes war mit erheblichen Herausforderungen verbunden, es handelte sich um ein schwieriges und vielleicht auch zu vielschichtiges Projekt, als dass es in dem erforderlichen Umfang hätte gelingen können, um für alle Zeit die Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut in Deutschland zu verhindern. Doch obwohl die Durchführung der Entnazifizierung ihre Defizite hatte, ist es den Alliierten und Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg fraglos gelungen, demokratische Strukturen in Westdeutschland aufzubauen und fest zu etablieren, sodass sie nunmehr über siebzig Jahre Bestand haben. Wie belastbar diese Strukturen wirklich sind und welche Schwachstellen sich von Demokratiegegnern ausnutzen lassen, bedarf einer tiefergehenden Analyse, die über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgeht. Wie an dem folgenden Zitat von Brian Connell in „Watcher on the Rhine“ ersichtlich wird, sahen britische Zeitgenossen die Vorstellung eines vollkommen demokratisierten und von rechten Strukturen befreiten Deutschland kritisch:

„Not a dozen years after Hitler, the Germans have forgotten what they preferred to ignore and choose not to remember. Was has happened to all the Nazis? Perhaps ten million of them?“⁴⁷

„Perhaps ten million“ Nationalsozialisten – eine Zahl, die in Connors Kontext willkürlich gewählt wirkt und im weiteren Verlauf des Abschnitts mit zehn Millionen Opfern der Konzentrationslager und zehn Millionen Flüchtlingen in einen komplexen Zusammenhang gebracht wird. Tatsächlich ist die Zahl für keine die-

47 Connell, Rhine (wie Anm. 23), S. 106.

ser Gruppen zutreffend und die Zahlen für die letzteren beiden Gruppen liegen deutlich über zehn Millionen. Bezogen auf die reine Parteimitgliedschaft erreichte die NSDAP die zehn Millionen knapp nicht. Hier stellt sich also auch die Frage nach der Definition: Wer war ein „Nazi“? Letztendlich verdeutlicht Conners Einschätzung aus den frühen 1950er Jahren jedoch die grundlegende Problematik hinsichtlich der Demokratisierung Deutschlands: Wohin waren die Millionen Nationalsozialisten, wenn auch mit unterschiedlichen Graden von ideologischer Überzeugung, verschwunden? Eine Demokratie aufgebaut auf dem, was die Gesellschaft „preferred to ignore and choose not to remember“, erschien wenig vielversprechend für einen Neustart. Doch vermittelte Conner damit auch ein stark verallgemeinerndes Bild „der Deutschen“.

Peters und Brockways zeigten sich anhand ihrer Aufzeichnungen deutlich differenzierter und aufgeschlossener gegenüber Untertönen, auch wenn sie mitunter generalisierende Zuschreibungen machten. Letztendlich lässt sich hier festhalten, dass die Stereotype der britischen Propaganda gegenüber Deutschland sich nur teilweise in den individuellen Aussagen wiederfinden. Ihnen allen gemeinsam ist jedoch eine grundlegende Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit zur Selbstreflexion innerhalb der deutschen Bevölkerung angesichts der vorangegangenen zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Im Spannungsfeld zwischen politischer Umstrukturierung durch eine Besatzungsmacht und einer Bevölkerung, die in breiten Teilen wenig gewillt erschien, das eigene Handeln der jüngsten Vergangenheit zu reflektieren – wie erfolgreich konnte das „Projekt Demokratisierung“ letztendlich sein? Eine Frage, die noch weiterer umfassender Analysen bedarf, um sie endgültig beantworten zu können.